

Einwendungen zum Verfahren: Bauleitplanung der Gemeinde Schöneck, Aufstellung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Kilianstädten Nord II“ im Ortsteil Kilianstädten, Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rück,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Schutz fruchtbarer Böden ist eine ethische Verpflichtung jeder Generation. Denn Böden sind ein besonders hochwertiges Schutzgut. Gute Böden sind eine essentielle, knappe, begrenzte und nicht vermehrbare Ressource. Die Böden unserer Region sind von weltweit herausragender Bodengüte, nicht regenerierbar und deshalb als übergenerationelles Gemeinschaftsgut zu schützen und erhalten.

Boden ist weit mehr als nur Nutzfläche. Boden ist ein lebendiges System, das die Menschen trägt und ernährt. Böden sind lebendige Organismen. Sie geben uns Nahrung und reines Wasser, sie sind wichtig für die Klimaregulierung und Heimat unzähliger Lebewesen. Böden sind keine Flächen, sondern dreidimensionale Naturkörper.

Der gesellschaftliche und ethische Blick auf Bedeutung der Böden und deren Schutz hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verstärkt. Wir als evangelische Landeskirche setzen uns seit Jahren aus ethischen Gründen intensiv und immer stärker für den Bodenschutz in unserer Region ein. Der 12 Jahre alte Flächennutzungsplan 2010 entspricht nicht mehr der aktuellen ethischen Sichtweise für Bodenschutz und erfordert eine Neubeurteilung. Denn schon damals wurde Erheblichkeit unter Punkt 11.4.1.4 geahnt: „Der Eingriff in den Bodenhaushalt wird durch die Größe der versiegelbaren Fläche auf sehr gute Ackerböden erheblich sein.“

Ein Rechenzentrum soll auf der Fläche entstehen, die aus hervorragenden Böden besteht. Doch erscheint mir die Zerstörung dieses wertvollen Ackerbodens als nicht verantwortbar. Denn auch § 1a des BauGB sieht vor, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen ist. Fruchtbarer Ackerboden wächst nun mal nicht nach, wenn er versiegelt wurde, ist er unwiderruflich zur Nahrungs- oder Viehfuttergewinnung oder Blühflächen, Lebensraum für Tier und Mensch, verloren.

Das Klimaschutzkonzept 2030 der Gemeinde Schöneck sowie die Leitlinien zur Erschließung von Gewerbegebieten aus dem November 2021 sehen bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete eine Minimierung des Landverbrauchs durch flächeneffiziente Gestaltung durch bauliche Verdichtung (z. B. mehrstöckige Gebäude bis max. drei Vollgeschosse) vor.

Geplante Rechenzentrum z.B. in Hanau oder Bad Vilbel zeigen, dass beim Bau von Rechenzentren der Flächenbedarf durch entsprechende Planung und moderne Technik drastisch verkleinert werden kann. Bodenschützende Alternativen für den Standort des Rechenzentrums in Schöneck, sollten unbedingt geprüft werden. Warum wurde eine bodenschützende Stelzenbauweise und Kooperation mit dem Autokontor speziell für dieses Rechenzentrum niemals in Erwägung gezogen?

Es ist nicht zu erkennen, dass ein Auswahlverfahren für Alternativen durchgeführt wurde, in dem der Eingriff in die Landschaft und den Bodenschutz angemessen beachtet und abgewogen wurde.

Ortsnahe landwirtschaftlich genutzte Flächen müssen erhalten werden, sowohl für den Anbau von Nahrungsmitteln als auch für die Tierhaltung. Die Flächen der noch vorhandenen Landwirtschaft werden zunehmend verringert. Den noch aktiven landwirtschaftlichen Betrieben wird die Existenzgrundlage entzogen. Der Verlust an Fläche würde durch notwendige Ausgleichsflächen zudem einen noch höheren Verlust landwirtschaftlicher Fläche nach sich ziehen, da die Ausgleichsflächen grundsätzlich aus landwirtschaftlicher Fläche entnommen werden.

Das Baugesetzbuch § 1a sieht vor, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen ist. Das hessische Bodenschutzgesetz fordert, schädliche Bodenveränderungen abzuwehren und die Funktionen des Bodens nachhaltig zu sichern. Die Planungen widersprechen auch diesem Gesetz.

Der Schutz fruchtbarer Böden ist eine ethische Verpflichtung jeder Generation. Die Zerstörung dieses wertvollen Ackerbodens ist heute nicht mehr verantwortbar. Daher lehne ich den vorgelegten Bebauungsplan ab.